



Berufsprinzip sichert Qualitätsanspruch der Ausbildung

► In dieser Ausgabe der Zeitschrift „BWP – Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ beschäftigen sich die Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Umsetzung des Berufsprinzips und der Beruflichkeit in Ausbildungsordnungen sowie der Verbindung des Lernens in Betrieben und beruflichen Schulen.

Sie tun dies sowohl aus der Perspektive der Berufsausbildung sowie vor dem Hintergrund unterschiedlicher Berufsbildungssysteme in Deutschland (RAINER BROETZ) und ausgewählten Nachbarländern (SABINE ARCHAN; MELANIE HOPPE; PETER SCHLÖGL) als auch aus der Perspektive der Entwicklungen in der Arbeitswelt (WERNER DOSTAL; ECKHARD HEIDLING/PAMELA MEIL). Verbunden damit ist auch ein Beitrag zu der während und nach der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes in Deutschland geführten Diskussion um das „Berufsprinzip“ als grundlegendes Ordnungsmodell für Ausbildungsberufe.

Berufsprinzip bleibt unbestritten

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Entschließung, die das am 1. April 2005 in Kraft getretene novellierte Berufsbildungsgesetz (BBiG) begleitet hat, deutlich gemacht, dass er die Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung (HwO) als Ausbildung nach dem Berufsprinzip verstanden wissen will, das „... durch eine mehrjährige Berufsausbildung in breit angelegten bundeseinheitlichen Ausbildungsberufen die Möglichkeit (sichert), eine Vielzahl von konkreten beruflichen Tätigkeiten wahrzunehmen“ (BT-Drucksache 15/4752 vom 26. 1. 2005).

In der berufsbildungspolitischen Debatte wird dieses weithin unstrittige Festhalten am „Berufsprinzip“ zu Recht mit den Anforderungen der Betriebe an eine qualifizierte Fachkräftetätigkeit, mit dem Anspruch der jungen Generation auf eine zukunfts feste – d. h. auch auf längere Sicht arbeitsmarktverwertbare – Berufsausbildung und häufig auch mit

der sozialintegrativen Funktion von Berufen begründet. Es bestehen jedoch zweifellos nicht unerhebliche Auffassungsunterschiede darüber, wie ein modernes Berufsprinzip in einer von kontinuierlichem Wandel geprägten Arbeitswelt mit einer wachsenden Zahl kleiner und spezialisierter Betriebe, insbesondere im Dienstleistungsbereich, in konkreten Ausbildungsordnungen für staatlich anerkannte Ausbildungsberufe umzusetzen ist. Aktuell wird diese Diskussion im Zusammenhang mit Vorschlägen für neue Ausbildungsberufe besonders engagiert und teilweise strittig geführt.

Hier kann es durchaus hilfreich sein, sich den vom Gesetzgeber gewollten rechtlichen Rahmen für eine staatlich anerkannte Berufsausbildung vor Augen zu führen.

BBiG garantiert hohe Qualität der Ausbildung

Nach dem Berufsbildungsgesetz soll in einer zwei- bis dreijährigen Berufsausbildung (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 BBiG), die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt notwendige berufliche Handlungsfähigkeit und Berufserfahrung vermittelt werden (§ 1 Abs. 3 BBiG). Dabei muss nicht nur die Zielsetzung, für eine „qualifizierte berufliche Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt“ auszubilden, sondern auch die Festlegung einer Mindestausbildungsdauer als inhaltliche Qualitätsgarantie verstanden werden, die nicht nur formal zu erfüllen ist. Das Berufsbildungsgesetz garantiert eine Berufsausbildung, für die nach Inhalt, Umfang, Qualitäts- und Anforderungsniveau bei durchschnittlicher Leistungsfähigkeit eines Auszubildenden – objektiv betrachtet – mindestens eine Ausbildungsdauer von zwei Jahren erforderlich ist. Unabhängig von der formal festgelegten Dauer würde demzufolge eine Ausbildung, die ihren Inhalten nach in der Regel in weniger als zwei Jahren absolviert werden kann, dem Qualitätsanspruch des Berufsbildungsgesetzes nicht entsprechen.

Die Qualitätsgarantie des Berufsbildungsgesetzes für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen ist das verfassungsrechtlich notwendige Pendant zu den so genannten „Ausschließlichkeitsgrundsätzen“ (§ 4 Abs. 2 und 3 BBiG). Sie schränken die Berufswahlfreiheit (Artikel 12 GG) und die Vertragsfreiheit (Artikel 2 GG) zugunsten von Qualitätssicherung ein. Nach § 4 BBiG darf für anerkannte Ausbildungsberufe nur *nach der Ausbildungsordnung* ausgebildet werden (Abs. 2; Ausschließlichkeitsgrundsatz 1, der auch für die betriebliche Ausbildung Erwachsener gilt), und dürfen Jugendliche nur *in anerkannten Ausbildungsberufen* ausgebildet werden (Abs. 3; Ausschließlichkeitsgrundsatz 2). Nur bei Erwachsenen, die nicht für anerkannte Ausbildungsberufe ausgebildet werden, überlässt es also der Gesetzgeber den Vertragspartnern (Betrieb und Auszubildende/Auszubildender) zum Beispiel, Inhalte und Dauer einer Qualifizierung beliebig zu vereinbaren. So gesehen ist das Berufsbildungsgesetz in erster Linie ein „Qualitätssicherungsgesetz“. Es will vor allem Jugendliche, aber auch Erwachsene vor Ausbildungen geringerer Qualität schützen. Eine nach dem Berufsbildungsgesetz geregelte Berufsausbildung soll die größtmögliche Gewähr für spätere berufliche Anpassungsfähigkeit bieten, Wege für den beruflichen Aufstieg eröffnen und damit auch eine bestmögliche soziale Sicherheit gewährleisten. Dieser Qualitätssicherungs- und Schutzgedanke, der die Einschränkung von Berufswahl- und Vertragsfreiheit verfassungsrechtlich erst zulässig macht, durchzieht das gesamte BBiG und muss deshalb auch und gerade die Entwicklung von Ausbildungsordnungen bestimmen.



Die aus den Ausschließlichkeitsgrundsätzen und der damit notwendig verbundenen Qualitätsgarantie abzuleitende Verpflichtung der Bundesregierung zur „Qualitätssicherung“ beim Erlass von Ausbildungsordnungen ist nicht nur zum Schutz der Auszubildenden vor minderwertiger Ausbildung gerechtfertigt und als „Preis“ für die Einschränkung von Berufswahl- und Vertragsfreiheit zwingend. Sie ist nach allseits einvernehmlichem Verständnis der an der Entwicklung von Ausbildungsberufen Beteiligten, das sind vor allem Sozialpartner, Bundesregierung und Länder, auch notwen-

dig, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und jedes einzelnen Betriebes durch die Ausbildung qualifizierten Fachkräftenachwuchses zu sichern. Sie ist deshalb auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch begründet.

Inhalte bestimmen die Ausbildungsdauer

Gegenwärtig dreht sich die Diskussion um das Berufsprinzip und den mit ihm definierten Qualitätsanspruch vordergründig vor allem um die Frage der *Ausbildungsdauer*. Schon der Blick auf den gesetzlichen Rahmen legt aber den Akteuren nahe, keine Grundsatzdebatten über die Dauer einer dualen Berufsausbildung zu führen, sondern sich – unter Anlehnung der vom Berufsbildungsgesetz geforderten Maßstäbe – auf einen konstruktiven Diskurs über die Qualität der Ausbildungsinhalte zu konzentrieren. Es ist in erster Linie Sache des zuständigen Fachministeriums und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung als „Einvernehmensminister“ sicher zu stellen, dass im Ordnungsverfahren möglichst früh über die *Ausbildungsinhalte* Klarheit herrscht und sie den gesetzlichen Qualitätsvorgaben entsprechen. Wenn dies der Fall ist, kann und sollte über die zum Erwerb der beruflichen Handlungsfähigkeit und der notwendigen Berufserfahrung für die Ausübung der infrage stehenden qualifizierten Fachkräftetätigkeit erforderliche Ausbildungszeit pragmatisch und von Fall zu Fall entschieden werden. Nach wie vor trifft die einvernehmlich von Sozialpartnern, Bund und Ländern in der „Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung“ des damaligen Bündnisses für Arbeit getroffene Feststellung zu, „... dass sich das Anspruchsniveau und die Verwertbarkeit einer Berufsausbildung im Beschäftigungssystem nicht an der Ausbildungsdauer bemessen, sondern vor allem an den Inhalten, die in den Ordnungsmitteln gefordert werden ...“, und dass es „bei der Festlegung der Ausbildungsdauer von Berufen ... insbesondere darauf (ankommt), wie viel Zeit zum Lernen, zur notwendigen Einübung und Wiederholung beruflicher Fähigkeiten bis zu deren sicherer Beherrschung im Arbeitsprozess durchschnittlich erforderlich ist, und nicht darauf, ob stärker theoretische oder stärker praktische Ausbildungsinhalte vermittelt werden“ (Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, Strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung – Gemeinsame Grundlagen und Orientierungen, Beschluss vom 22. Oktober 1999; II. Ziffern 3.2 und 3.3.).

In ähnlicher Weise gilt das für die Diskussion um Ausbildungsberufe für *einfachere oder komplexere Fachkräftetätigkeiten*. Die dualen Ausbildungsberufe bilden das breite Spektrum der in der Berufspraxis sehr unterschiedlichen Anforderungen an die beruflichen Kompetenzen von qualifizierten Fachkräften in den verschiedenen Berufs- und Tätig-



den, das Qualitätssiegel „staatlich anerkannte Berufsausbildung“ entwerten und auch im internationalen und europäischen Qualitätswettbewerb schaden (Stichwort „Europäischer Qualifikationsrahmen“). Am Ende würde dies für die Jugendlichen, die eine solide Basis für kontinuierliches berufliches Weiterlernen und dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit brauchen, und für die Betriebe, die qualifizierten Fachkräftenachwuchs benötigen, mehr Schaden als Nutzen stiften.

Differenzierung und Flexibilisierung nützt Betrieben und Jugendlichen

keitsfeldern im Großen und Ganzen nach wie vor gut ab. Im Übrigen bleibt richtig, dass sich „die beruflichen Anforderungen ... weiter wandeln, allerdings nicht durchgängig erhöhen (werden)“ und dass es „... weiterhin Arbeitsplätze mit weniger komplexen Anforderungen geben (wird), für die ausgebildet werden kann und muss“ (ebenda, Ziffer 3.1).

PISA-Fehler in der Berufsausbildung nicht wiederholen

Dass Ausbildungsberufe für Tätigkeiten mit weniger komplexen Anforderungen – wie die Bündnispartner seinerzeit gleichfalls feststellten – insbesondere auch Jugendlichen mit schlechteren Startchancen Ausbildungs- und Beschäftigungschancen bieten können, ist unstrittig und zu begrüßen. Falsch wäre es aber, deshalb die Anforderungen der Ausbildungsberufe zielgruppen- statt arbeitsmarktorientiert zu definieren. Man hört neuerdings wieder häufiger, um alle Jugendlichen ausbilden zu können, brauche man auch anerkannte Ausbildungsberufe für leistungsschwächere Jugendliche, die den Anforderungen einer „normalen“ dualen Ausbildung nicht gewachsen seien. Dieses – nur vordergründig einleuchtende – Argument führt, abgesehen davon, dass damit die Qualitätsgarantie des Berufsbildungsgesetzes nicht eingelöst wird, in eine Situation, aus der sich das allgemein bildende Schulwesen mit verbindlichen und anspruchsvollen Bildungsstandards gerade zu befreien versucht. Der „PISA-Fehler“ der Allgemeinbildung war es, die Anforderungen für das Erreichen von Bildungsabschlüssen faktisch an der Leistungsfähigkeit der Absolventen zu orientieren statt an verbindlichen Qualitätsstandards, an die jeder – wie im „PISA-Siegerland“ Finnland – im Zweifel mit konsequent individueller Förderung heranzuführen ist. Dies hat dazu geführt, dass nahezu einem Viertel der Schulabgänger die für eine Berufsbildung notwendigen Basisqualifikationen fehlen. Darauf im dualen Berufsausbildungssystem mit der Wiederholung eben dieses „PISA-Fehlers“ zu reagieren, würde die *Arbeitsmarktverwertbarkeit* von Ausbildungsberufen gefähr-

Notwendig ist nicht weniger Qualität, sondern mehr Differenzierung und Flexibilität, die dem unterschiedlichen Qualifikationsbedarf der Arbeitswelt und deshalb zugleich den unterschiedlichen Interessen und dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Jugendlichen entsprechen. Das umso mehr, als auch vielfach belegt ist, dass die Tätigkeitsbereiche, in denen die kompetente Ausübung einer Fachkräftetätigkeit ein Höchstmaß an Allgemein- und Fachqualifikationen verlangt, in den meisten Wirtschaftsbereichen – zum Beispiel infolge der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung (ECKHARD HEIDLING/PAMELA MEIL) – eher wachsen.

Die in den 90er Jahren in Deutschland weiterentwickelten Differenzierungs- und Flexibilisierungskonzepte für Ausbildungsberufe beschreibt RAINER BROETZ in seinem Beitrag. SABINE ARCHAN stellt das gegenwärtig in Österreich diskutierte „Modularisierungskonzept“ vor. Dahinter verbergen sich bei genauem Hinsehen den deutschen Flexibilisierungsinstrumenten (Fachrichtungen, Einsatzgebiete, [Pflicht-] Wahlbausteine, Stufenausbildung, Anrechnungsmodelle, Zusatzqualifikationen etc.) sehr ähnliche Ansätze.

Der Deutsche Bundestag weist in seiner oben zitierten Entschließung besonders darauf hin, dass Stufenausbildungen und die Möglichkeit zur Fortsetzung einer zweijährigen in einer dreijährigen Ausbildung auch mehr Ausbildungschancen für weniger leistungsstarke Jugendliche sichern könnten. Folgerichtig hat der Gesetzgeber die Bundesregierung verpflichtet, bei jeder Neuordnung von Ausbildungsberufen diese Möglichkeiten stets zu prüfen (§ 5 Abs. 2 Satz 2 BBiG. Der Hauptausschuss des Bundesinstitutes für Berufsbildung wurde in diesem Zusammenhang vom Deutschen Bundestag gebeten, „... Empfehlungen für die Überprüfung auch bestehender Ausbildungsordnungen hinsichtlich einer verstärkten Strukturierung als Stufenausbildung auszusprechen“ (BT-Drucksache 1547/52, S. 23).

Als Fazit aus dem Gesetzgebungsprozess zur Novellierung des neuen BBiG lässt sich somit festhalten, dass der Gesetz-

geber einerseits am hohen Qualitätsstandard einer *Berufsausbildung nach dem Berufsprinzip* festhält und andererseits alle Beteiligten aufgefordert, ja geradezu verpflichtet hat, in diesem Rahmen alle *Differenzierungs- und Flexibilisierungsmöglichkeiten* zu nutzen, um Jugendlichen mit unterschiedlichem Leistungsvermögen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen.

Qualitätssicherungsgedanke des BBiG muss die Entwicklung von Ausbildungsordnungen bestimmen

System zertifizierter Qualifikationen für Leistungsschwächere entwickeln

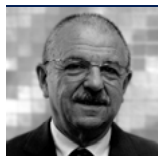
Für Schulabgänger und Schulabgängerinnen, denen (noch) die erforderliche Ausbildungsreife für eine erfolgreiche duale Berufsausbildung fehlt, sollten die Möglichkeiten des schrittweisen Zugangs zu einer vollwertigen Berufsausbildung – auf die auch der Deutsche Bundestag ausdrücklich hinweist (ebenda, Seite 25) – breit genutzt werden. Hier sind insbesondere die in das Berufsbildungsgesetz integrierte betriebliche Berufsvorbereitung mit Qualifizierungsbausteinen aus Ausbildungsberufen sowie die im Ausbildungspakt vereinbarte betriebliche Einstiegsqualifizierung zu nennen.

Mit diesen ordnungspolitischen Leitlinien ist allerdings auch klargestellt, dass jungen Menschen mehr und systematischer Qualifizierungsmöglichkeiten außerhalb des gesetzlichen Rahmens des Berufsbildungsgesetzes eröffnet werden müssen, wenn sie (aus welchen Gründen auch immer) trotz aller Förderung die zum erfolgreichen Durchlaufen einer anerkannten Berufsausbildung erforderliche Leistungsfähigkeit und -bereitschaft nicht erreichen. Um solche junge Erwach-

sene und Betriebe zusammenzubringen, die Beschäftigungsmöglichkeiten für einfache Tätigkeiten anbieten können, sollten die Konzepte der Qualifizierungsbausteine und der Einstiegsqualifizierung zu einem *System zertifizierter Qualifikationen* weiterentwickelt werden, die unmittelbar am Arbeitsmarkt verwertbar sind, zugleich aber Teil eines *schrittweisen Weges zum vollen Berufsabschluss* sein können. Gegenüber der Alternative, mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Leistungsschwächere durch abgesenkte Qualitätsansprüche an eine duale Berufsausbildung zu schaffen, ist dies die wirtschafts-, beschäftigungspolitisch und ordnungspolitisch bessere Lösung.

Zum Abschluss ein Wort in eigener Sache. Das Bundesinstitut für Berufsbildung wirkt auf Weisung der Bundesministerien umfassend an der Erarbeitung oder Modernisierung von Ausbildungsberufen bzw. Ausbildungsordnungen mit. Sein Sachverstand ist vor allem auch dann gefragt, wenn es in Zweifelsfällen um die Frage geht, ob ein Vorschlag für einen neuen Ausbildungsberuf die gesetzlich und ordnungspolitisch unverzichtbaren Voraussetzungen für einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf erfüllt. Das Bundesinstitut führt die entsprechenden Arbeiten ergebnisoffen und mit dem Ziel durch, valide Ergebnisse als Entscheidungsgrundlage für Bundesregierung und Sozialpartner vorzulegen. Der Zeitrahmen für entsprechende Untersuchungen oder Gutachten ist in den letzten Jahren allerdings überwiegend so knapp bemessen, dass die Einhaltung wissenschaftlicher Standards nicht immer gelingen kann. Das Bundesinstitut wird im Zweifel zukünftig schon zu Beginn einer solchen Untersuchung deutlicher machen müssen, dass zwar für die Entscheidung hilfreiche Materialien, plausible Expertenmeinungen und auf Sachkompetenz gegründete Einschätzungen vorgelegt werden können, aber nicht nach wissenschaftlichen Standards zwingende und unangreifbare Ergebnisse.

Eine Rückkehr zu den überlangen Vorlaufzeiten der Ordnungsverfahren früherer Jahre kommt angesichts der politischen Rahmenbedingung und der Notwendigkeit, rasch auf neue Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren, sicher nicht infrage. Gleichwohl ist es auch im wohlverstandenen Interesse von Betrieben und Jugendlichen kaum vertretbar „im Zweifel Schnelligkeit vor Qualität“ zum Grundsatz der Ordnungsarbeit zu machen. Deshalb ist es umso wichtiger, die systematische – „präventive“ – *Dauerbeobachtung der Entwicklung von Qualifikationsanforderungen und Berufstätigkeiten* deutlich breiter auszubauen. Dies einerseits um systematischer und kontinuierlicher die Branchenentwicklungen auf neue Ausbildungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten „abzuklopfen“ und andererseits, um bei Vorschlägen für Ausbildungsberufe rascher auf valide Entscheidungshilfen zurückgreifen zu können. Regelmäßige auf systematischer Grundlage stattfindende „Branchenmonitorings“ könnten ein wichtiges Instrument dazu sein. ■



MANFRED KREMER

Präsident des Bundesinstituts
für Berufsbildung, Bonn